

Galoppierende Inflation frisst Zulagen bei der Polizei auf

Das Zulagensystem bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen ist ein Hohn. Beispiel: der Zuschlag für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) für die Nacht. Seit 1992, also seit 31 Jahren (!) ist er nicht angepasst worden. Außer der Euro-Umrechnung ist nichts passiert – aus 2,50 Mark pro Stunde sind 1,28 Euro geworden. Wer also damals seinen Dienst bei der Polizei angetreten hat, geht in gut zehn Jahren in Pension und hat hier bis heute keinen Inflationsausgleich erlebt, geschweige denn eine echte Erhöhung...

Geht es nach Herbert Reul (CDU), bleibt das auch so – und das, obwohl das Leben immer teurer wird und auch Polizisten immer mehr aufs Geld schauen müssen. „Ich gehe nicht davon aus, dass wir uns auf absehbare Zeit über Zulagen unterhalten können“, hatte der Minister im Februar im Innenausschuss des Landtages gesagt. Grund sei die Haushaltslage. Die GdP lässt ihm das nicht durchgehen. „Das Zulagensystem ist völlig aus der Zeit gefallen und voller Zurechnungen für die Kolleginnen und Kollegen“, klagt Patrick Schlüter, Mitglied im Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand.

Beim Thema Zulagen hat die GdP immer wieder den Finger in die Wunde gelegt – und

macht auch jetzt Druck. Unter Leitung von Patrick Schlüter hat eine Arbeitsgruppe bestehende und neue GdP-Forderungen in einem Positionspapier gebündelt. Es macht deutlich, welche Ungerechtigkeiten im Kollegenkreis für Bitterkeit sorgen. Es erinnert daran, dass Zulagen besondere Belastungen des Polizeiberufes würdigen sollen und deshalb integraler Bestandteil der Bezahlung bei der Polizei sind.

Und: Es zeigt sehr genau auf, was passieren muss, damit die Polizei in NRW ein zeitgemäßes, faires Zulagensystem erhält. Davon kann derzeit nicht die Rede sein, drei weitere Beispiele:

Stichwort Polizeizulage: Sie liegt derzeit bei 65,28 Euro nach einem Jahr und bei 130,56 Euro nach zwei Jahren Dienstzugehörigkeit. Rechnet man die Zuschläge von 1990 mit der Inflation hoch, müssten 95,79 beziehungsweise 191,57 Euro gezahlt werden. Und selbst dann hätte es noch keine echte Erhöhung gegeben, es wäre lediglich die Teuerung ausgeglichen worden. Hier muss kräftig nachgebessert werden!

Stichwort Zeiten: Warum greift der DuZ erst nach der fünften Stunde? Wieviel Geld fällt da unter den Tisch? Warum endet der Nacht-DuZ morgens um sechs, während der Einsatz möglicherweise noch andauert und umso belastender ist, weil die Kollegin-



nen und Kollegen ja schon die ganze Schicht in den Knochen haben?

Stichwort länderübergreifende Einsätze: Schickt NRW Kräfte in andere Bundesländer zu Großeinsätzen wie G7 in Elmau, bekommt es als Kompensation den DuZ-Bundessatz von 5,67 Euro. An die Kolleginnen und Kollegen reicht es aber nur die nrw-üblichen 3,73 Euro weiter. Die Differenz steckt sich das Land ein – unfair! „Das macht die Kollegen sauer, richtig sauer“, berichtet Schlüter.

Für die Gewerkschaft der Polizei ist klar, was zu tun ist. Eine umfassende Reform des Zulagenwesens ist lange überfällig! Ebenso klar ist, dass es diese nicht zum Nulltarif geben kann. Die Polizeizulage zum Beispiel muss mindestens auf 300 Euro nach zwei Dienstjahren und 150 Euro nach einem Dienstjahr erhöht, mindestens aber verdoppelt werden. Im Bereich DuZ fordert die GdP 6,50 Euro an Sonn- und Feiertagen sowie vier Euro in den Nachtstunden. Ergänzt werden soll das um eine Zulage für wechselnde Zeiten von 2,50 bzw. 3,50 Euro pro Stunde als Ersatz für die vorhandenen (Wechsel-)Schichtzulagen. Der Bund und das Land praktizieren das bereits heute.

Polizeiarbeit ist Teamwork

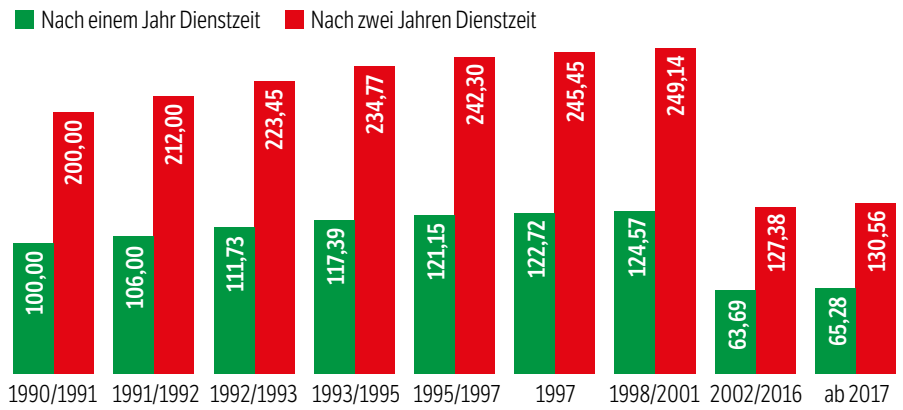
Es geht eben nicht nur um lange nötige Erhöhungen. Der GdP ist wichtig, dass Polizeiarbeit Teamwork ist. Sie fordert deshalb die Einführung eines an die Polizeizulage angelehnten finanziellen Ausgleichs für Verwaltungsbe-





Entwicklung der Polizeizulage

Die Polizeizulage, für die Besoldungsgruppe A9 und höher, ist im Laufe der Jahre mehrfach erhöht worden. Die Erhöhungen haben aber nicht einmal den Kaufkraftverlust durch die Inflation auffangen können.



Angaben: Bis 2002 in DM, ab 2002 in Euro
Quelle: Gewerkschaft der Polizei



amate und Tarifbeschäftigte. Und, ganz wichtig: Die Polizeizulage muss künftig mit jeder Besoldungsanpassung mit angepasst werden!

Wer das Zulagensystem wirklich zeitgemäß gestalten will, macht Dinge anders. Hier gibt das neue GdP-Positionspapier wichtige Anstöße. „Geld ist nicht alles, Zeit ist die neue Währung – gerade auch für die jüngeren Kollegen“, sagt Patrick Schlüter vom Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand. Denkbar wäre zum Beispiel, besonders belastende Dienststunden mit dem Faktor von mindestens 1,5 zu würdigen. Kolleginnen und Kollegen könnten so gerade in den Nachtstunden ein Polster aufbauen, um die dort entstandenen Belastungen über längere Erholungsphasen ausgleichen zu können.

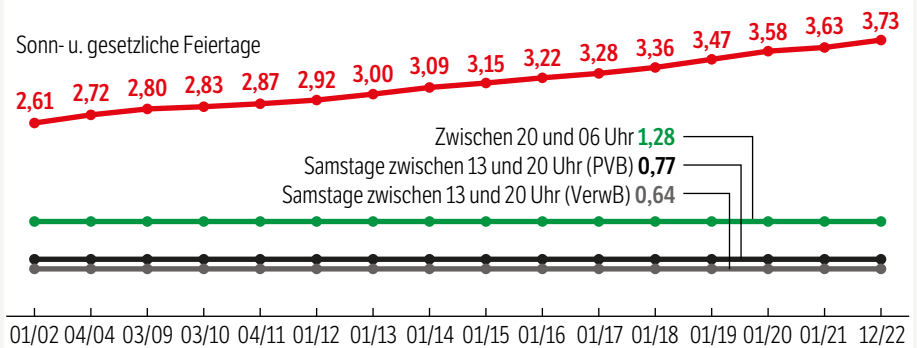
Handlungsdruck ist enorm

Klar ist: Der Handlungsdruck ist enorm. Bei Inflationsraten von sieben, acht oder mehr Prozent zerrinnen die Zuschläge den Kolleginnen und Kollegen zwischen den Fingern. Es geht ja nicht nur darum, die besonderen Belastungen des Berufs zu würdigen. Es gilt ebenso, junge Leute für den Polizeiberuf zu begeistern – 3000 pro Jahr sollen es werden. Wie soll das gelingen? „Im Wettbewerb mit der freien Wirtschaft ist ein Nachtzuschlag von 1,28 Euro ein Witz – und zwar ein ziemlich schlechter“, meint Patrick Schlüter.

Im Nachbarbundesland Hessen wird der DuZ aktuell zumindest um 25 % angehoben. Das ist nicht der nötige große Wurf – aber zumindest mal ein erstes Zeichen,

Entwicklung der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten

Die Polizei ist rund um die Uhr im Einsatz, 365 Tage im Jahr. Die besonderen Belastungen für die Kolleginnen und Kollegen soll die Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten würdigen – eigentlich.



Angaben in Euro
Quelle: Gewerkschaft der Polizei



auch in Zeiten schwieriger Haushaltslage. In NRW lässt selbst ein solches Zeichen auf sich warten.

Hallo Landesregierung, jemand zuhause..?

Das Positionspapier ist online unter gdp-nrw.de/aktuelles/positionen abrufbar. Es wird aber auch in gedruckter Form in den Kreisgruppen zur Verfügung stehen. ■

Eine „bunte Tüte“ für die Landesregierung, bitte!



31 Jahre - eine absurd lange Zeit! 1992, Helmut Kohl war auf dem Höhepunkt seiner Macht und Nigel Mansell Formel 1-Weltmeister – in diesem Jahr ist bei der Polizei in NRW zuletzt der DuZ für die Nachtstunden erhöht worden. Gleiches gilt für den DuZ an Samstagen. Seitdem müssen Kolleginnen und Kollegen erleben, wie die Inflation diesen Zuschlag pulverisiert. Er reicht heute noch für eine „bunte Tüte“ mit Süßigkeiten von der Bude, ein Schälchen Pomes vom Imbiss nebenan ist leider nicht mehr drin. Die GdP lädt die Herren Wüst, Reul und Optendrenk gerne mal ein... Ob sie das Angebot annehmen?

Was läuft da falsch in der Politik? Vielleicht das: Zulagen werden für etwas gehalten, was „nice to have“ ist. Eine Art Bonus, eine Gratifikation... Sie sind es aber mitnichten. Zulagen sind integraler Bestandteil der Bezahlung bei der Polizei, wo Menschen rund um die Uhr für Sicherheit sorgen und für den Staat eintreten! Sie sollen die besonderen Belastungen des Polizeiberufs würdigen.

Im Gegenwert von einer Tüte Süßigkeiten? Im Ernst..?

**Michael Mertens,
Landesvorsitzender**



Bewerbungsfrist erstmals verlängert

Weil sich nicht genügend Bewerberinnen und Bewerber gefunden haben, um die Zahl von 3000 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern voll zu machen, hat Innenminister Herbert Reul (CDU) die Bewerbungsfrist für den am 1. September beginnenden neuen Ausbildungsjahrgang bis Ende Mai verlängert. Bislang waren Bewerbungen nur für den Einstellungstermin 2024 möglich. Reul folgt mit der Kurskorrektur einer Forderung der GdP, die bereits im Herbst vergangenen Jahres mehr Flexibilität beim Bewerbungsverfahren gefordert hatte. Der zweiten Forderung der GdP, wegen der steigenden Einstellungszahlen auch die Ressourcen für die Nachwuchsausbildung zu erhöhen, ist Reul dagegen bislang nicht nachgekommen.

Dabei fehlt es bei allen drei Ausbildungsträgern, der Hochschule der Polizei, dem LAFP und den Ausbildungsbehörden vor Ort, an allem. Mangel herrscht nicht nur

bei der notwendigen Zahl der Dozenten und Tutoren, sondern auch bei den Sachmitteln. Wie angespannt die Situation heute schon ist, zeigen aktuelle Beispiele: Für Kommissaranwärter, die ein Einsatztraining durchlaufen, fehlen die erforderlichen Rotwaffen. Soll der Funkverkehr geübt werden, stehen nicht genügend Funkgeräte zur Verfügung. Selbst Computer sind immer wieder Mangelware.

Anfang April hat die GdP deshalb den Innenminister erneut öffentlich aufgefordert, mehr Personal und mehr Sachmittel für die Nachwuchsausbildung der Polizei zur Verfügung zu stellen. Geschieht das nicht, wird es enorm schwierig, nicht nur die Qualität der Polizeiausbildung zu halten, sondern in Zukunft überhaupt noch erfahrene Kolleginnen und Kollegen zu finden, die bereit sind, in die Nachwuchsausbildung zu gehen, um ihr Wissen an Jüngere weiterzugeben. Hinzu kommt, dass ohne zusätzliche Stellen die in den letz-

ten Jahren ohnehin bereits stark erhöhten Kursgrößen ein weiteres Mal aufgestockt werden müssen. Mit gravierenden Auswirkungen auf die Dropout-Quote bei der Polizei.

„Schon jetzt schließen 17 Prozent der Nachwuchspolizisten ihre Ausbildung nicht ab. Geht die Zahl durch schlechtere Rahmenbedingungen weiter nach oben, haben wir von den zusätzlichen Neueinstellungen nichts“, sagte GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens gegenüber den Medien. Zudem erinnerte er daran, dass die Polizei auch eine Verpflichtung gegenüber den jungen Menschen hat, die zu ihr kommen. „Wer Polizist wird, muss darauf vertrauen können, dass er optimal ausgebildet wird. Das können wir unter den jetzigen Bedingungen nicht gewährleisten“, sagte Mertens. „Deshalb muss die Politik dringend nachsteuern, sonst verliert die Polizei massiv an Attraktivität und die Nachwuchsgewinnung wird noch schwieriger.“ ■

Altstunden unverzüglich abbauen!

Polizistinnen und Polizisten können ihre Arbeit nicht einfach abbrechen, nur weil ihr Stundenkonto voll ist. Das geht weder bei der Verfolgung eines Mörders, noch bei der Verkehrsunfallaufnahme. Und auch nicht bei Großlagen wie zuletzt in Lützerath. Seit Jahren fordert die GdP deshalb die Landesregierung immer wieder auf, endlich eine dauerhafte Regelung zu schaffen, mit der sichergestellt wird, dass die von den Kolleginnen und Kollegen geleistete Mehrarbeit nicht verfällt. Auch nicht die Mehrarbeitsstunden, die bereits vor etlichen Jahren erbracht worden sind, bislang aber nicht abgebaut werden konnten. Genau das droht aber Ende dieses Jahres: Dann soll auf Druck des Landesrechnungshofes der bisher von Innenminister Herbert Reul (CDU) immer wieder erklärte Verzicht auf die Einrede der Verjährung der Altstunden endgültig auslaufen.

Für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen bedeutet das, dass sie auf die Vergütung von Hunderten von Arbeitsstunden verzichten sollen. Aus Sicht der GdP ist das nicht hinnehmbar. Ende März hat sie deshalb Innenminister Reul erneut an sein Versprechen erinnert, dass in seiner Amtszeit keine einzige Überstunde bei der Polizei verfallen wird. Meint Reul sein Versprechen ernst, muss er dafür sorgen, dass die in der

Vergangenheit entstandenen Überstunden ohne Einschränkungen auf die bestehenden Langzeitkonten eingezahlt werden können. Nach den bislang geltenden Regelungen ist das bei der Erstbefüllung der Konten für maximal 400 Stunden möglich. Danach liegt die jährliche Grenze bei 122 Stunden. Alle anderen Mehrarbeitsstunden, die bereits fünf Jahre alt sind, verfallen zum 31.12.2023.

Um das zu verhindern, müssen Tausende von Kolleginnen und Kollegen in den kommenden Monaten massiv ältere Mehrarbeitsstunden abbauen. Der bestehende Personalmangel bei der Polizei wird sich dadurch noch einmal deutlich verschärfen. Die GdP rät trotzdem allen betroffenen Kolleginnen und Kollegen, unverzüglich mit dem Abbau der Altstunden zu beginnen. ■





Mitführen der Bodycam wird verpflichtend

Seit September 2019 ist die Polizei in NRW nach und nach mit Bodycams ausgestattet worden. Ob die Kameras mitgeführt werden, konnten die Dienststellen bislang allerdings selber entscheiden – je nachdem, wie sie das zu erwartende Einsatzgeschehen beurteilten. In Zukunft ist das anders: Ende März hat Innenminister Herbert Reul (CDU) im Innenausschuss angekündigt, dass die Bodycam im Wach- und Wechseldienst grundsätzlich mitgeführt werden muss. Ob sie eingeschaltet wird, entscheiden die Beamten weiter selbst – abhängig von der Situation vor Ort. Ein permanentes Laufen der Kamera wäre ohnehin auch rechtlich gar nicht möglich.

Mit der neuen Tragepflicht reagiert Reul auf die öffentliche Diskussion um den Dortmund Polizeieinsatz vom August 2022,

bei dem ein 16-jähriger Flüchtling ums Leben gekommen war. Die GdP trägt die neue Tragepflicht mit. „Die Kameras wurden angeschafft, dann sollen sie auch getragen werden“, sagte GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens gegenüber der Nachrichtenagentur dpa. Wichtig sei aber, dass die Bodycam zum integralen Teil der Fortbildung der Polizei gemacht wird. Reuls Ankündigung, die Fortbildung von aktuell fünf auf sieben Tage pro Jahr zu erhöhen, wird deshalb von der GdP ausdrücklich unterstützt. Das Thema Fortbildung „ist in allen Bereichen extrem wichtig und bringt die Polizei nach vorne“, sagte Mertens. Die zusätzliche Zeit, die die Beamten in der Fortbildung verbringen, dürfe aber nicht zu Lasten der Präsenz gehen, mahnte er.

Positiv wertet die GdP zudem, dass die Bodycam auch in Zukunft nur in konkreten Einsatzsituationen eingeschaltet wird, vor allem zur Abschreckung gewalttätiger Angreifer und zur Beweissicherung. „Wir haben eine bürgernahe Polizei, deshalb müssen die Menschen darauf vertrauen können, dass die Kamera nicht schon läuft, wenn sie einen Polizisten ansprechen“, betont Mertens.

Wichtig ist für die GdP allerdings, dass die Polizei bei der Bodycam endlich auch die Pre-Recording-Funktion nutzen darf, bei der die letzten Sekunden vor der Eskalation einer Einsatzsituation bereits mit erfasst werden. Rechtlich wäre das problemlos möglich, aber in der Politik gibt es nach wie vor große Widerstände gegen das Pre-Recording. ■

LBV verspricht Auflösung des Beihilfestaus

Immer wieder melden sich bei der GdP Kolleginnen und Kollegen, die über sehr lange Bearbeitungszeiten bei ihren Beihilfeanträgen berichten. Bereits im vergangenen Jahr hatte sich die GdP deshalb an das Landesamt für Besoldung und Versorgung (LBV) gewandt und um eine Lösung des Problems gebeten. Ende März ist es daraufhin im Düsseldorfer Finanzministerium zu einem Gespräch des Landesseniorenvorsitzenden Udo Linnenbrink und seinem Vorstandskollegen Klaus Büscher mit dem Abteilungsleiter II des Düsseldorfer Finanzministeriums, Ministerialdirigent Jörg Hansen, sowie seinem für die Dienstaufsicht über das LBV zuständigen Kollegen Daniel Dorn gekommen.

In dem vertrauensvollen Gespräch haben die Vertreter des Finanzministeriums erläutert, wie die zwischenzeitlich hohen Bearbeitungsrückstände entstanden sind. Besonders betont wurde dabei die besondere Situation des vergangenen Jahres, als pandemiebedingt viele Beihilfeanträge auf ein krankheitsbedingt stark geschwächtes LBV gestoßen sind. Nach dem Wegfall der Corona-Schutzmaßnahmen hatten zudem vie-



le Beihilfeempfänger etliche Kontrolluntersuchungen und aufschiebbare Operationen in die zweite Jahreshälfte des letzten Jahres verlagert. Darüber hinaus war die Zahl der zu bearbeitenden Abrechnungen im vergangenen Jahr auch deshalb stark gestiegen, weil Beihilfeanträge seit kurzem auch über eine App gestellt werden können. Durch das neue, niederschwellige Serviceangebot sind beim LBV viele Beihilfeanträge für Rechnungen mit Kleinstbeträgen eingegangen, die vorher nicht einzeln eingereicht wurden. Das zeigt sich auch an den Zahlen:

Während 2018 etwa 1,3 Millionen Anträge beim LBV eingegangen sind, schlugen im Jahre 2022 bereits 1,8 Millionen Beihilfeanträge zu Buche.

Das Finanzministerium hat inzwischen verschiedene Maßnahmen eingeleitet, um die Bearbeitungsdauer wieder zu reduzieren. Hierfür wurden für das laufende Jahr bereits acht zusätzliche Stellen geschaffen. Hinzu kommen temporäre Verstärkungen durch Tarifbeschäftigte, berichteten die Vertreter des Finanzministeriums. Besonders erwähnenswert ist zudem, dass die Behörde an bis zu sechs

Samstagen im Jahr Dienst versieht, um die Bearbeitungsrückstände abzubauen.

Die Mitglieder des Landesseniorenvorstands zeigten sich über die Maßnahmen des Finanzministeriums erfreut, kündigten aber gleichzeitig an, dass die GdP die Entwicklungen in diesem Bereich weiter kritisch beobachten wird. Im Nachgang zu dem Gespräch im Finanzministerium ist deshalb zeitnah ein weiteres Gespräch mit Vertretern des LBV geplant, um auch dort nochmals auf die Sorgen und Nöte unsere pensionierten Kolleginnen und Kollegen hinzuweisen. ■



JAV-Wahl: Schlagfertig. Für euch! GdP.

3000 Anwärterinnen und Anwärter will die Landesregierung zum 1. September einstellen. Zusätzlich zu den mehr als 4500 Studierenden, die bereits in den vergangenen zwei Jahren ihre Ausbildung bei der Polizei begonnen haben. Auf die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) bei der Polizei, die vom 12. – 15. Juni neu gewählt wird, kommen deshalb enorme Herausforderungen zu. Zusammen mit den Personalräten der GdP muss die JAV dafür sorgen, dass die Qualität der Polizeiausbildung in NRW nicht unter den vielen Neueinstellungen leidet. Und sie muss den Studierenden und den Auszubildenden im Tarifbereich zur Seite stehen, wenn während des Studiums oder bei der Ausbildung Probleme auftauchen oder Konflikte mit einem Vorgesetzten

gelöst werden müssen. Eine Aufgabe die nur zu bewältigen ist, wenn ein starkes Team gemeinsam antritt.

Bei der JAV-Wahl vom 12. – 15. Juni tritt die Junge Gruppe der GdP deshalb in allen zehn Ausbildungsbehörden der Polizei (Aachen, Bielefeld, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Gelsenkirchen, Hagen, Köln und Münster) und in den zwei weiteren größeren Behörden mit vielen Auszubildenden im Tarifbereich, dem LZPD und dem Polizeipräsidium Essen, mit einer eigenen Wahlliste an. Auch für die Wahl der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung der Polizei auf Ebene des Innenministeriums (PHJAV) hat die GdP eine eigene Kandidatenliste aufgestellt.

Damit die JAV gute Studien- und Ausbildungsbedingungen durchsetzen kann,

ist nicht nur ein engagiertes Team wichtig, sondern es werden auch viele Stimmen gebraucht. Denn nur eine Jugend- und Auszubildendenvertretung, die von der großen Mehrheit des Polizeinachwuchses getragen wird, kann etwas bewegen. Deshalb ist Wählen gehen wichtig! Das geht auch per Briefwahl. Wahlberichtet sind übrigens auch die mehr als 300 Schülerinnen und Schüler, die sich an der Fachoberschule Polizei auf einen Berufseinstieg bei der Polizei vorbereiten und die Regierungsinspektoren-Anwärter der Polizei. ■



Mehr Infos zu den Zielen und den Kandidatinnen und Kandidaten der GdP und zum Wahlverfahren: gdp-nrw.de

„3000 Studierende auf einen Schlag – das stellt auch die Jugend- und Auszubildendenvertretung vor besondere Herausforderungen! Neben den Kernthemen Ausrüstung, Arbeitszeit und Besoldung setze ich mich für gute Lernbedingungen und ein besseres Tutorenkonzept ein. Und für kleine Kursstärken – damit die Ausbildungsqualität nicht unter der hohen Einstellungszahl leidet.“



Bianca Jurczyk
Spitzenkandidatin der GdP für die JAV-Wahl

„Gleiche Ausbildungschancen für alle und die Ausstattung mit allem, was für eine gute Ausbildung gebraucht wird – sind unsere wichtigsten Forderungen! In der GdP arbeiten die Mitglieder der Jugend- und Auszubildendenvertretung, die örtlichen Personalräte und die Junge Gruppe eng zusammen. Das macht unsere Stärke aus.“



Lina Marie Neuberger
Vorsitzende der Jungen Gruppe

Unser Wahlversprechen

Wer etwas verändern will, braucht klare Ziele. Deshalb haben die Kandidatinnen und Kandidaten der GdP für die JAV-Wahl konkrete Forderungen, für die sie sich stark machen.

Schlagfertig...für eure Ausbildung!

Wer bei der Polizei anfängt, hat ein Recht auf eine gute Ausbildung. Das gilt erst recht in Zeiten, in denen die Einstellungszahlen nach oben gehen, das Innenministerium aber bei der Ausstattung der Ausbildungsbehörden, beim LAFP und bei der Hochschule der Polizei knausert. Deshalb machen sich die Kandidatinnen und Kandidaten der GdP für eine Rückkehr zur 1:1-Betreuung durch die Tutoren und für kleinere Kursstärken

stark. Eine weitere Forderung: die Erstellung von zentral aufbereiteten Lernmaterialien durch die HSPV und die Bereitstellung digitaler Lernangebote. Und wir fordern dienstliche Endgeräte für alle Studierenden!

Für eure Ausstattung!

Eine gute Ausrüstung ist das A und O für eine erfolgreiche Polizeiarbeit. Das gilt auch für das Studium! Deshalb fordern wir nicht nur eine Außentragehülle von Anfang an, sondern auch die Ausrüstung mit einem Bein- und einem Zivilholster schon im Studium und ein Medipack als Bestandteil der Frau- oder Mann-Ausstattung. Und endlich ausreichend Uniformteile für alle Wetterlagen. Ein Beispiel? Dass für die gesamte Aus-

bildungsdauer gerade mal ein Pullover zur Verfügung steht ist ein Skandal.

Für eure Zukunft!

Polizei ist ein Traumberuf – aber die Arbeitsbelastung darf nicht ausufern! Auch Polizistinnen und Polizisten haben ein Recht auf ein privates Leben. Auch im Tarifbereich. Deshalb fordern wir eine Rückkehr der überlangen Arbeitszeit auf höchstens 38,5 Wochenstunden und eine bessere Work-Life-Balance! Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehört genauso dazu, wie die Möglichkeit, das Studium oder die Berufsausbildung bei der Polizei auch in Teilzeit absolvieren zu können. Und wir machen uns für eine Erstverwendung in der Wunschbehörde stark. Damit berufliche und private Interessen nicht komplett auseinander fallen. ■



Im Landtag: SPD will Silvesterkrawalle aufarbeiten

Die SPD-Landtagsfraktion hat einen Antrag mit Vorschlägen, Empfehlungen und Forderungen in den Landtag eingebracht, um zukünftig Ausschreitungen wie in der Silvesternacht 2022/2023 zu verhindern. Damals kam es in zahlreichen nordrhein-westfälischen Städten zu schweren Krawallen, Gewaltexzessen und zu brutalen Angriffen auf Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften. Die SPD schlägt u. a. Maßnahmen zur Gewaltprävention, dem besseren Schutz eingesetzter Kräfte aber auch eine bessere Honorierung von Polizei- und Rettungskräften vor.

Gemeinsam führen Innen-, Rechts- und der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales jetzt am 11. Mai 2023 eine Expertenanhörung zu dem Antrag durch. Auch die GdP NRW wurde eingeladen, an der Anhörung teilzunehmen und eine Stellungnahme abzugeben. Die Anhörung kann per Livestream verfolgt werden. ■



Foto: picture-alliance/Geisler-Fotopress



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 6.5. Else Ligocki, Recklinghausen
- 7.5. Hermann Josef Mainz, Köln
- 13.5. Siegfried Mescheder, Bochum
- 16.5. Luzia Decker, Essen
- 18.5. Helmut Mannchen, Herten
- 20.5. Martin Schroeder, Telgte
- 21.5. Hans Klocke, Spenge
Gunther Wollmann, Bielefeld

91. Geburtstag

- 7.5. Anneliese Stubenrauch, Brühl
- 10.5. Günter Brix, Steinfurt
- 14.5. Wilhelm Nehring, Kamp-Lintfort

92. Geburtstag

- 3.5. Herbert Bärsch, Oberhausen
Lothar Friese, Mönchengladbach
- 5.5. Heinz Wortmann, Düren
- 11.5. Werner Dreier, Wuppertal
- 22.5. Inge Albig, Freigericht

93. Geburtstag

- 20.5. Karl-Heinz Sommer, Lüdinghausen
- 27.5. Werner Ullrich, Gummersbach

30.5. Dieter Reckert, Überlingen

94. Geburtstag

- 20.5. Dorothee Grewing, Düsseldorf
- 21.5. Ehrenfried Zierau, Krefeld
- 22.5. Klementine Zajac, Gladbeck
- 30.5. Helmut Jetz, Gelsenkirchen
Werner Oehler, Unna

95. Geburtstag

- 16.5. Erich Jeromin, Recke
- 28.5. Konrad Benkel, Arnsberg

96. Geburtstag

- 13.5. Annemarie Hellmann, Herten

99. Geburtstag

- 8.5. Hildegard Jonen, Bad Honnef
- 10.5. Waltraud Brand, Essen

101. Geburtstag

- 7.5. Liselotte Weider, Hilden

102. Geburtstag

- 10.5. Erna Klingenburg, Mülheim

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.

DP – Deutsche Polizei

Nordrhein-Westfalen
ISSN 0170-6462

Geschäftsstelle

Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-0
Telefax (0211) 29101-46
www.gdp-nrw.de
info@gdp-nrw.de

Adressänderung:
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

Redaktion

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Holger Dumke
Uschi Barrenberg
Telefon (0211) 29101-32
stephan.hegger@gdp-nrw.de

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 2. Mai.

Einfach mal abtauchen!

**Buchen Sie Ihren Sommerurlaub
in dem Reisebüro, in dem sich
Ihre GdP-Mitgliedschaft für Sie auszahlt.**



**GdP Reiseservice
Telefon 0211 - 291 01 60
www.gdp.reisen**



Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im Mai erhalten einen Douglas-Gutschein im Wert 35 €.

45 9780, Viersen
45 18668, Recklinghausen
45 15518, Soest

Auf ins Abenteuer! Winnetou-Familientag in Elspe

Der traditionelle GdP-Familientag gastiert dieses Jahr bei einem großen Jubiläum: Das Elspe Festival feiert 65 Jahre Karl-May-Festspiele und inszeniert mit „Unter Geiern – Winnetou und Old Shatterhand im Llano Estacado“ eines der bekanntesten Werke Karl Mays, und wir feiern mit.

An den Sonntagen 18. und 25. Juli bieten wir euch auf die Tickets gut 20 Prozent Preisnachlass an. Gegen Vorlage eines GdP-Mitgliedsausweises zahlen Erwachsene 25,00 Euro (statt 34,95 Euro) und Kinder 20 Euro (statt 27,00 Euro) für das bekannte Spektakel. Der Höhepunkt unserer Familientage

findet am 9. Juli statt: Zusätzlich zum großen Rabatt werden wir an diesem Sonntag mit einem eigenen GdP-Stand vor Ort sein.

Noch immer begeistern die Werke Karl Mays viele Generationen von Kolleginnen und Kollegen. Auch einige von Euch werden die Abenteuer des Häuptlings der Mesclero-Apachen, Winnetou, kennen. Winnetou verkörpert den edlen, guten Indianer und kämpft mit seinem Gewehr „Silberbüchse“ auf seinem Pferd Iltschi für Gerechtigkeit und Frieden. Dabei wird er meistens von seinem weißen Freund und Blutsbruder Old Shatterhand begleitet.

In den Sommermonaten Juni bis September werden seit 1958 in Elspe die Karl-May-Festspiele aufgeführt. Philipp Aßhoff, Geschäftsführung Elspe Festival GmbH, freut sich auf eine spannende Saison: „Nach einer erfolgreichen Saison in 2022 freuen wir uns nun im Jubiläumsjahr mit „Unter Geiern“ erneut, eine actiongeladene Inszenierung zu präsentieren. Unsere Gäste können sich auf ein spannendes Sommerabenteuer freuen.“ ■



Anmeldung erforderlich unter:
werbung@gdp-nrw.de
Tickets: www.elspe.de/tickets

Anzeige

Marianne Funke
GmbH & Co. KG

May-Eyth-Straße 47
46149 Oberhausen
Tel. 02 08/74 04 99 39
Fax 02 08/59 88 68



GdP aktiv

09.05., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Düsseldorf, 14:00 Uhr, Polizeipräsidium, Kantine, Haroldstr. 5, Düsseldorf

09.05., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Oberhausen, 14:30 Uhr, Haus Union, Schenkendorfstr. 13, Oberhausen

24.05., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Lippe, 16:00 Uhr, Gaststätte Kohlpott, Pivitsheider Str. 1, Detmold

Senioren aktuell

Kreisgruppe Höxter

03.05., 14:30 Uhr, Frühjahrstreffen, Hotel Jägerhof, Am Jägerpfad 4 - 6, Willebadessen. Vortrag des Landesseniorenvertreters Udo Linnenbrink zu Ruhegehalt, Hinterbliebenenversorgung, Beihilfe, Vorsorgeverfügungen

Kreisgruppe Recklinghausen

17.05., 08:00 Uhr, Tagesausflug der GdP-Senioren, „Auf Entdeckungsreise am unteren Niederrhein“, Treffpunkt Ruhrfestspielhaus, Anmeldung: Manfred Beinlich, Tel. 02361/49 18 20, mehr Infos: gdp-recklinghausen.de

Nachrufe

Dieter Both	25.06.1941	Bochum	Johannes Kiwitt	25.10.1953	Heinsberg
Ferdinand Herick	21.12.1929	Bochum	Josef Corsten	19.07.1948	Heinsberg
Jens Engelbracht	11.07.1977	Bochum	Luzie Herbert	14.07.1935	Höxter
Helmut Stumpf	16.08.1950	Bonn	Hermann Hestermann	07.06.1924	Innenministerium NW
Erich Thomas	18.10.1933	Bonn	Ulrich Otte	27.05.1950	Märkischer Kreis
Horst Schwarz	24.02.1954	Coesfeld	Erich Weber	03.08.1938	Mettmann
Wolfgang Fleck	21.08.1943	Dortmund	Fritz Karger	18.02.1934	Minden-Lübbecke
Anneliese Warm	01.02.1927	Dortmund	Rainer Feger	25.11.1976	Mönchengladbach
Heinz Adolf Peters	21.10.1934	Düren	Anton Schnitzler	11.06.1933	Mönchengladbach
Kurt Huskotte	30.09.1939	Düsseldorf	Marliese Esser	16.05.1943	Neuss
Otto Jonigk	17.06.1937	Düsseldorf	Andy Lehmann	30.04.1977	Recklinghausen
Stephan Kolecki	07.09.1934	Gelsenkirchen	Marlis Mrotz	29.04.1943	Recklinghausen
Ingrid Bernau	16.09.1942	Gelsenkirchen	Willi Schlafke	31.12.1947	Steinfurt
Friedrich Pickert	08.02.1927	Gelsenkirchen	Berthold	14.11.1952	Wesel
Günter Dewitz	06.04.1945	Gelsenkirchen	Buiting-Volkstein		